

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Zum Gewerkschaftskongress in Leipzig.

Am 19. Juni beginnt das Parlament der deutschen Gewerkschaften in Leipzig seine erste ordentliche Tagung. Es wird also bei den Leipziger Arbeitern zu Gast sein, die kürzlich auch unsern Verbandstag bei sich, in ihrem Volkshause, beherbergten. Der Gewerkschaftskongress wird freilich nicht im Volkshause tagen, sondern in dem Saalbau des Zoologischen Gartens. Daß ihm Störungen erspart bleiben, wie sie unsern Verbandstage durch einen Trupp irreführender Arbeiter und Arbeiterinnen leider beschieden waren, ist zum Wohle der gesamten Gewerkschaftsbewegung, das in diesen Tagen zur Beratung steht, auf das Innigste zu wünschen. Es bürgt dafür der gesunde Sinn des einsichtigen Teiles der Leipziger Gewerkschaftsangehörigen, bildet dieser Teil doch in Leipzig, wie überall erfreulicherweise, die überwiegende und bestimmende Mehrheit in der deutschen Arbeiterbewegung.

Große Aufgaben sind der Gewerkschaftsbewegung vorbehalten. Nach der politischen Umwälzung im November 1918 ist der unendlich schwierigere Umbau der Wirtschaftsordnung noch zu bewerkstelligen. Womit könnte die Arbeiterchaft dies wohl anders vollbringen als durch ihre Zentralverbände. Sie sollen eine Wirtschaftsordnung vorbereiten, in der man eine Ausbeutung des übergroßen Volksteiles zugunsten einer kleinen Minderheit, die über die Produktionsmittel verfügt, nur noch vom Hörensagen kennen wird. Ja, zu Trägern einer solchen Wirtschaftsordnung müssen die Gewerkschaften werden. Die Wege zu diesem Ziele zu finden und aufzuzeigen, das ist mit der Sinn unserer gegenwärtigen Gewerkschaftsarbeit. Diese, dem Wohle der Gesamtheit dienende Tätigkeit trägt den Gewerkschaften freilich die Feindschaft aller jener Geister ein, die an dem Heute festhalten oder Vergangenes wieder heraufführen möchten. Aber, viel Feind, viel Ehr. Die Gewerkschaften sind im stetigen Kampfe um bessere Lebensbedingungen groß geworden und erkennen in der Feindschaft privatkapitalistischer Kreise erfreut die Spuren ihres eigenen Wirkens. Es wäre schlimm um die Gewerkschaften bestellt, ständen sie mit der heutigen Wirtschaftsordnung auf dem Friedensfuß.

Muß uns also diese Gegnerschaft mit Freude erfüllen als Zeugnis dafür, daß die Gewerkschaften auf dem richtigen Wege sind, so ist es doch für jeden Gewerkschaftler schmerzhaft, daß sie nicht allein gegen ihre natürlichen Feinde, sondern auch gegen sich, zu kämpfen haben, sondern daß sie sich einer Gegnerschaft aus Arbeiterkreisen selbst erwehren müssen. Das war freilich früher auch schon so. Die Kapitalistenklasse war von jeher bemüht, Arbeiter gegen ihre eigenen Klassenangehörigen mobil zu machen. An die Streikbrecherhorden früherer Jahre braucht kaum erinnert zu werden, sie sind in aller Gedächtnis. Die gegnerischen Gewerkschaften hat man jederzeit nur ins Leben gerufen, damit sie unsere Gewerkschaften Abbruch tun und dadurch den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse lähmen sollten. Aber von den ganz bedeutungslosen Lokalfisten abgesehen, hat keine dieser Gruppen sich als sozialistisch bezeichnet, oder sind sie von irgend jemand für sozialistisch gehalten worden. Was in der Arbeiterklasse gegenwärtig gewerkschaftsfeindlich auftritt, gibt vor, den besten Sozialismus, nämlich den Kommunismus, zu vertreten. Aber auch diese Bewegung kommt eigentlich nicht aus der Arbeiterchaft selbst. Politisierende Quaalbeiter, Spintiflexer und Querulanten sind es, die sich die Unzufriedenheit der Arbeiter und den vielfach vorhandenen Mangel einer gefestigten Weltanschauung zunutze machen, um die ihnen folgenden Arbeiter für ihre politischen Ziele zu mißbrauchen. Bisher waren die Gewerkschaften die einzige Stelle, wo die Arbeiter aller politischen oder religiösen Richtungen einträglich für ihre wirtschaftliche Verbesserung wirken konnten. Alle Zerplitterungsversuche

sind an dieser, wirklich bestehenden Einheitsfront zerfällt. Dabei kommen aber die nach politischer Macht und Herrschaft gierenden Kommunistenführer nicht auf ihre Rechnung, und deshalb ihr Bestreben, die Gewerkschaften unter ihre Gewalt zu bekommen, sie ihren parteipolitischen Zwecken unterzuordnen. Käme dieser Irrsinn zu seinem Ziele, so müßte das für die gesamte Arbeiterbewegung in ihrer Furchtbarkeit gar nicht abzusehende Folgen haben. Wir wissen, daß sehr viele kommunistisch gerichtete Arbeiter durchaus keine Gewerkschaftsfeinde sind, sondern die Gewerkschaftsarbeit nach besten Kräften fördern helfen. Wir wenden uns keineswegs gegen ihre politische Überzeugung, sondern müssen es ihnen überlassen, sich parteipolitisch zu der richtigen Stellung durchzusetzen. Entschieden Kampf aber müssen die Gewerkschaften allen denen ansagen, die es ihnen verwehren wollen, nach eigenen Erwägungen und Erfahrungen für die Besserstellung der Arbeiter zu kämpfen, die sie in ihre parteipolitische Zwangsjacke stecken möchten. Gegenwärtig sind diese Treiberkreise, wie das in einer Zeit der großen gewerkschaftlichen Tagungen kaum anders zu erwarten war, besonders lebhaft. Auch auf dem Gewerkschaftskongress werden sie in den Redekämpfen zum Ausstrag kommen. Die Ergebnisse der Abgeordnetenwahlen sowie eine Reihe der zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung gestellten Anträge lassen das mit Bestimmtheit erwarten. Hat doch die kommunistische Parteizentrale, wie die Tagespresse mitteilen konnte, ihre Anhänger unter den Abgeordneten schon 2 Tage vor dem Kongressbeginn zu besonderen Fraktionszusammenkünften nach Leipzig berufen.

Aber allen Anfeindungen zum Trotz sind die Gewerkschaften auch in den 3 Jahren kräftig gewachsen, die seit dem 10. Gewerkschaftskongress, der 1919 in Nürnberg tagte, verlossen sind. Die Mitgliederzahl unserer Verbände ist seit 1919 bis Ende 1921 von 5 479 073 auf 7 720 172 gestiegen. Ende 1920 hat ihre Mitgliederzahl sogar 7 890 102 betragen. Das wäre für 1921 eine Abnahme von 169 930 Mitgliedern. Da aber der Zentralverband der Angestellten am Schlusse des dritten Quartals mit 313 000 Mitgliedern aus dem ADGB zum IFA-Bund übergetreten ist, so haben die Gewerkschaften auch für 1921 einen Gewinn von rund 150 000 Mitgliedern zu buchen. Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder betrug 1919 1 192 767, 1920 1 710 764, 1921 1 618 296. Auch hier eine erfreuliche Zunahme. Der Rückgang für 1921 ist wie bei den männlichen Mitgliedern auf den Uebertritt des Angestelltenverbandes zum IFA-Bund zurückzuführen. Es ist besonders erfreulich, daß die Zunahme der weiblichen Mitglieder mit der allgemeinen Entwicklung Schritt hält. Die Einnahmen der Gewerkschaften sind vom Jahre 1919 bis zum Jahre 1921 gestiegen von 59 767 587 M auf 747 114 439 M, die Ausgaben von 41 661 719 M auf 543 814 615 M, die Vermögensbestände von 80 904 595 M auf 268 469 522 M, und zwar ohne den Vermögensbestand des Metallarbeiter- und des Landarbeiterverbandes. Dieser trotz aller Schwierigkeiten ununterbrochene Aufstieg läßt auch für die Zukunft erwarten, daß die Gewerkschaften jedem Kampfe gewachsen sein werden.

Dem Kongress steht eine außerordentlich arbeitsreiche Tagung bevor. Will er damit in den 6 Tagen, die ihm hierfür gegeben sind, fertig werden, so bedarf es der hingebungsvollen, allein auf die gewerkschaftlichen Ziele gerichteten sachlichen Mitarbeit aller Teilnehmer. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten, den Wahlen von Ausschüssen und des Bundesvorstandes und andern Dingen sind 6 Tagesordnungspunkte vorgesehen, die alle ausgedehnte Auseinandersetzungen erwarten lassen. Schon beim Bericht des Bundesvorstandes werden die in der Gewerkschaftspolitik vorhandenen oder durch partei-

politische Machjägerei künstlich erregten Gegensätze aufeinanderprallen. Man wird den Bundesvorstand zur Rechenschaft ziehen, weil er eine gewisse Anzahl von Punkten nicht verwirklicht hat. Dabei wird aber ebenso wohl geprüft werden müssen, was die Verfasser über-rabitaler Anträge getan haben, die Gewerkschaften so zu härten, daß alle Wünsche erfüllt werden konnten. Mehr Selbstprüfung wäre für manchen persönlich, wie für den Erfolg der Gewerkschaftsbewegung sehr heilsam und nützlich.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung wird das Verhältnis zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften zur Beratung stehen. Es wird dabei festgestellt werden, wie weit sich die Arbeiterchaft in das Betriebsrätegesetz hineingefunden und es anzuwenden gelernt hat. Das dem Gesetz anfangs vielfach entgegengebrachte Worturteil, die Weigerung, sich seiner zu bedienen, sind mehr und mehr der Einsicht gewichen, daß es nützlich ist, die dadurch gewährten Rechte wahrzunehmen und so das Gesetz handhaben zu lernen. Will man das Privatkapitalistenum beseitigen, so darf doch nicht übersehen werden, daß wirtschaftliche Einrichtungen erst dann überflüssig werden, wenn Besseres an ihre Stelle treten kann; daß in vielen Wirtschaftszweigen die Führer einer sozialen Gesellschaftsorganisation erst noch herangebildet werden müssen. Das Betriebsrätegesetz bietet die Möglichkeit, derartige Kenntnisse zu erwerben, und zu diesem Zweck müssen die Arbeiter das Gesetz ausnutzen und damit seine Verbesserung vorbereiten helfen. Zwischen den Aufgaben der Betriebsräte und der Gewerkschaften ergibt sich von selbst als natürliche Grenze, daß es den Gewerkschaften obliegt, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen, und den Betriebsräten, das Wohl der Arbeiter in den Betrieben zu fördern. Für beide ergibt sich daraus die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit.

Organisationsform und Methoden der Gewerkschaftsbewegung sind Beratungsgegenstand beim vierten Punkt der Tagesordnung. Dabei wird die Frage einer einheitlicheren gewerkschaftlichen Arbeit und Organisation erörtert werden. Der Bundesvorstand legt einen umfangreichen Entwurf vor, der Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben aufstellt. Hauptächlich handelt es sich darum, für Berufe oder Betriebe, wo die Lohnbewegung eines einzelnen Berufes sehr leicht andere Berufe in Mitleidenchaft ziehen kann, eine Verständigung unter den beteiligten Verbänden herbeizuführen und hierfür von vornherein bestimmte Richtlinien zu geben. Soweit das die Durchführung von Lohnbewegungen erleichtert, läßt sich dagegen nichts sagen. Viele Schwierigkeiten wären dadurch zu beheben, wenn sich die Gewerkschaften oder Berufe, die dauernd derartige Berührungspunkte haben, unter Wahrung ihrer beruflichen Selbständigkeit, die ihnen in der Pflege ihrer Berufsangelegenheiten völlig freie Hand läßt, zu Industrieverbänden zusammenzuschließen, ähnlich wie in dem kürzlich auf unserm Verbandstage gegründeten Baugewerksbunde. Derartige läßt sich nicht ohne weiteres durch einen Kongressbeschluss für alle Berufe anordnen. Hier muß die Entwicklung der jeweiligen Berufsverhältnisse zu Rate gezogen werden. Dem Bundesvorstande muß es obliegen, diesen Zusammenfluß, die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Arbeit zu fördern und damit die Stoskopf der Gewerkschaften zu erhöhen.

In den dann im fünften Punkt zur Beratung stehenden Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräten ist unsere Stellung insofern gegeben, als unsere Verbandstage in Karlsruhe und Leipzig die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern verworfen haben. Das schließt natürlich nicht aus, zu prüfen, wie derartige Körperschaften zum Nutzen der Arbeiterchaft gestaltet werden können. Sollen die Gewerkschaften zu

Trägern des Wirtschaftslebens werden, so wäre es verfehlt, den Tag abzumauern, der es gestattet, das heutige Unternehmertum einfach abzulösen. Richtiger ist jedenfalls, wenn die Gewerkschaften schon heute Einfluß auf die Wirtschaftsführung zu gewinnen suchen. Dem Unternehmertum wäre gewiß nichts lieber, als daß die Gewerkschaften ihm das Reich ganz allein überließen. Arbeitsgemeinschaften, die dazu berufen wären, die heutigen Verhältnisse zu stützen und zu verewigen, wird kein Gewerkschafter seine Mitarbeit leisten wollen.

Der sechste Punkt, das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland, wird den Gewerkschaften Gelegenheit geben, ihre Forderungen auf Vereinheitlichung, auf Berücksichtigung der von den Gewerkschaften durch ihr Tarifvertragswesen geschaffenen Rechtsverhältnisse, die Möglichkeit ihres weiteren Ausbaues, uneingeengt durch formaljuristische Gesetzesvorschriften, von neuem zu betonen. Vornehmlich steht die Unantastbarkeit des Achtstundentages. Die Möglichkeit einer unter 48 Stunden verkürzten Wochenarbeitszeit muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Den Wirtschaftsführern, die sich zur Arbeiterklasse bekennen, ist mit deutlichen Worten zu sagen, daß sie Besseres tun sollten, als durch ihre Schriftstellerei die auf Beseitigung des Achtstundentages gerichteten Absichten des Unternehmertums zu unterstützen. Wie der Achtstundentag, so muß auch die Koalitionsfreiheit, das Recht, zu streiken, gewahrt bleiben. Daß vor einem Streit alle zur Verfügung stehenden Mittel einer friedlichen Verständigung ausgeschöpft werden, darüber besteht in Gewerkschaftskreisen kaum Streit. Ein Arbeitsrecht, das die Erfüllung tarifvertraglicher Bindungen durch Geldbußen oder gar durch Entschädigungsansprüche erzwingen wollte, würde mit der Aufassung weiter Arbeiterkreise über das Arbeitsverhältnis in Widerspruch stehen.

Nicht weniger wichtig als die schon erwähnten Tagesordnungspunkte ist der siebte Punkt. Bei diesem sind die Bundesverbände den neueren Anforderungen anzupassen. Auch dazu liegt eine Reihe von Anträgen vor. Der einschneidendste ist wohl der des Metallarbeiterverbandes, der die Zentralverbände einfach unter 16 Industrieverbände aufteilen will. Gegen den Plan an sich läßt sich kaum viel einwenden, das Bedürfnis der Gewerkschaften geht in dieser Richtung, doch ist es, wie schon gesagt, nicht ratsam, der Entwicklung durch derart allgemeine Beschlüsse vorzugreifen. Es bedarf noch einer großen Aufklärungsarbeit, um vor allem die Arbeiterchaft von der Notwendigkeit einheitlicher Organisationsarbeit zu überzeugen. Je mehr hierbei alle einsichtigen Gewerkschafter mithelfen, um so eher wird das Ziel erreicht. Zu begrüßen ist, daß dem Bundesvorstand außer der sozialpolitischen Abteilung auch eine wirtschaftspolitische Abteilung sowie ein Arbeiterinnensekretariat und ein Jugendsekretariat angegliedert werden sollen. Die Errichtung eines Jugendsekretariats entspricht dem Bedürfnis der gewerkschaftlichen Jugendbewegung viel mehr als eine in anderen Anträgen geforderte selbständige gewerkschaftliche Jugendzentrale.

Haben wir damit versucht, unsern Mitgliefern kurz einen Überblick über die den Gewerkschaftskongress erwartende Arbeit zu geben, so bleibt noch eines andern Punktes zu gedenken, der leider nicht auf der Tagesordnung steht. Das ist die Berichterstattung über den gegenwärtigen Stand der Sozialisierung. Man kann der Meinung sein, daß hierüber zu sprechen bei andern Punkten der Tagesordnung Gelegenheit vorhanden ist, daß die Erfüllung aller Aufgaben, die den Beratungsstoff des Kongresses bilden, erst Vorbedingung und Vorstufe für die Sozialisierung schaffen müssen. Aber damit wird man ihr nicht gerecht. Die Sozialisierung unserer Wirtschaftsordnung ist das Ziel aller Gewerkschaftsarbeit. Fehlt es den politischen Arbeiterparteien wegen ihrer leidigen Zersplitterung an Kraft, für ihre weitere Förderung zu wirken, so müssen die Gewerkschaften sich ihr um so mehr annehmen. Vielleicht lohnt es sich für den Kongress nicht, zu den theoretischen Ergebnissen der Sozialisierungskommission Stellung zu nehmen, weil vorerst noch die Möglichkeit fehlt, eine Sozialisierung zu verwirklichen, und man hat deshalb davon Abstand genommen, ihr ein besonderes Referat auf dem Kongress zu widmen. Gleichwohl müssen die Bauarbeiter darin eine Unterlassung sehen. Als erste haben sie es unternommen, den Kampf um die Sozialisierung im wirklichen Leben aufzunehmen. Dadurch kommen sie dem Kampfe der Theorien im Beratungszimmer zu Hilfe. Um so mehr müßte auch der Kongress zu dieser Bewegung Stellung nehmen. Bei kaum einer Gewerkschaft bestehen darüber Zweifel, daß die Sozialisierung in jeder Weise gefördert werden muß, nicht zuletzt auch die des Bauwesens. Es ist daher bringen zu wünschen, daß der Gewerkschaftskongress dem in Nr. 23 des „Grundstein“ veröffentlichten Antrage unseres Verbandes entsprechend, die Frage

der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens auf seine Tagesordnung setzt, dazu einen Referenten bestellt und somit die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft zum Gegenstand seiner Beratungen macht.

So scharf die Gegensätze auf dem Gewerkschaftskongress auch in der Aussprache zusammenstoßen mögen, wir wünschen der Gewerkschaftsbewegung, daß sich der Kongress in seinen Beschlüssen von klübler und sachlicher Erwägung leiten läßt, von dem einzigen Grundgedanken, wie ist das Wohl der gesamten Arbeiterklasse am besten zu fördern, wie sind die Lebensbedingungen zu heben, wie kommen wir der Befreiung aus dem privatkapitalistischen Wirtschaftselend näher. In diesem Sinne entbieten wir dem 11. Kongress der deutschen Gewerkschaften unsern Gruß. Er wird an erfolgreicher Arbeit hinter seinen Vorgängern nicht zurückstehen.

Zur baugewerblichen Sozialisierung. Gewerkschaftspolitik und Gemeinwirtschaft.

IV.

Bei dieser Erkenntnisarbeit wird die Frage nach dem Träger der Gemeinwirtschaft die entscheidende Rolle spielen. Solange diese Frage nicht gelöst ist, wird jede Aktion zur Gemeinwirtschaft verloren, unersetzlichen Kraft- und Zeitaufwand bedeuten. Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg im Jahre 1919 hatte den Beschluß gefaßt: „Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter der Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger der Produktion sein.“

Wer soll es sein? Das Reich, die Staaten, die Gemeinden? Wer sonst? Spricht man mit einem sozialistischen Reichs- oder Landesminister oder mit einem gleichermäßen gemeinwirtschaftlich denkenden Landrat oder Bürgermeister, so wird er klar zu erkennen geben, daß die politischen Organisationen des Reiches, der Länder, Provinzen, Kreise und Gemeinden nicht Träger der Gemeinwirtschaft sein können, jedenfalls nicht so, wie sie heute bestehen. Wieviel wäre schon für die Gemeinwirtschaft gewonnen, wenn den Massen die Erkenntnis vermittelt würde, daß die politischen Organe, die Organe, die über die Interessen der Berufsgruppen Gesetz und Recht sprechen sollen, nicht Träger der Gemeinwirtschaft werden können. Man würde der Politik und der Wirtschaft einen schlechten Dienst erweisen, wenn man den Politiker zum direkt Verantwortlichen der Wirtschaft machen würde. Der Politiker ist ein Gewährhalter, und sich wählen lassen heißt versprechen, und versprechen heißt Wort halten. Will man die Politik zu einem wurmfürigen Lügegebäude machen, ihr die Ehrlichkeit der Gesinnung rauben, dann mache man den Politiker zum Wirtschaftsführer und damit zum Vernichter des Volkswohles; denn als Wirtschaftler kann der Politiker nichts versprechen, was die Wahrheit, die eigentlichen Träger der Wirtschaft, h alten müssen.

Schon diese Logik, von den zahllosen andern Gründen ganz abgesehen, müßte uns zwingend zu der Erkenntnis bringen, daß wir für die Gemeinwirtschaft unter den politischen Organen besondere Träger der Wirtschaft schaffen müssen.

Sollen die Gewerkschaften Träger der Gemeinwirtschaft sein? Wäre das deutsche Volk zwangsläufig zu Berufsorganisationen zusammengefloßen, wie es zwangsläufig zu politischen Organen (Reich, Staaten, Provinzen, Kreise, Gemeinden) zusammengefloßen ist, so müßte man auch die gewerkschaftlichen Organisationen als Träger der Gesamtwirtschaft ablehnen. Kein einziger Berufsstand, keine einzige Fabrik wird einer Berufsgruppe den entscheidenden Einfluß auf die Führung des wirtschaftlichen Unternehmens einräumen können. Wir werden uns — insbesondere nach den Erfahrungen in Rußland —, wenn wir das Gemeinwirtschaftsproblem klar und nüchtern und mit Verantwortung für das Gelingen betrachten, an den Gedanken gewöhnen müssen, daß auch in der Gemeinwirtschaft neben den politischen Organen die gewerkschaftlichen Organisationen als Träger besonderer Berufsimteressen bestehen bleiben müssen.

Wer soll denn sonst Träger der Gemeinwirtschaft sein? Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg will „Wirtschaftskammern“ zu Trägern der Produktion machen „Wirtschaftskammern!“ Wie sollen sie aussehen? Wann sollen sie gebildet werden? Auf welchem Wege kommen wir zu ihnen? Was haben die Gewerkschaften bislang getan, um Wirtschaftskammern entstehen zu lassen? Soll das wertvolle Volk sich in Gebuld fassen, bis für alle Wirtschaftszweige funktionsfähige, fest garantierte Träger der Gemeinwirtschaft geschaffen sind? Haben die radikalen Politiker und Gewerkschafter also doch recht, daß die Umwandlung der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft davon abhängig sei, daß das Volk die politische Macht in die Hand bekommt und mit Hilfe dieser Kraft am 1. Mai 1922 ein Gesetz über Wirtschaftskammern beschließt und einige Monate später diese Wirtschaftskammern und damit die Gemeinwirtschaft in Funktion treten läßt?

Man kann und darf das Problem der Gemeinwirtschaft nicht vom Standpunkt eines Professorens behandeln, der der Wirtschaft ein fein säuberlich konstruiertes Gebilde von Wirtschaftskammern und Wirtschaftskräften erbaut, in das ein seit Jahrhunderten gewachsener Organismus einziehen und sich darin ausbreiten soll. Ein derartiger Gedankengang wäre völlig unmarxistisch. Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, ein Gebilde von Kräften, das unlagerungs- und wandlungsfähig ist, dessen Umlagerung und Wandlung aber nicht von heute auf morgen und nicht nach einem konstruierten Schema,

sondern nur unter dauernder Beeinflussung eines starken, unbeeuglichen Willens möglich ist. Geltingt es uns nicht, dem Ererbwillen der privatkapitalistischen Wirtschaft einen ebenso starken Ererbwillen zur Gemeinwirtschaft gegenüberzustellen, dann werden wir die privatkapitalistische Wirtschaft niemals in eine Gemeinwirtschaft überführen können; und gelingt es uns nicht, den Wirtschaftsbeweisen der Privatwirtschaft sálagende Wirtschaftsbeweise der Gemeinwirtschaft gegenüberzustellen, dann werden wir niemals zur Gemeinwirtschaft gelangen. Wie in der Natur der Schwache vom Starken besiegt wird, so muß die Gemeinwirtschaft die Privatwirtschaft im Konkurrenzkampfe schlagen. Mit áußerer Macht, und mag sie auch noch so stark sein, ist nichts getan. Sie zerfällt in sich, wenn sie nicht von innen durch eine geistige und moralische Ueberlegenheit gestúkt wird.

Gemeinwirtschaft wird nicht geschaffen, Gemeinwirtschaft muß wachsen und werden. Gaben wir diese Erkenntnis erst den Massen vermittelt, und haben die Massen diese Erkenntnis in sich aufgenommen, dann erst ist die Bahn frei für Gemeinwirtschaft.

Es ist gewiß nicht leicht, den Massen diese Erkenntnis zu vermitteln. Ihre Vermittlung ist schwerer als die Idee der Diktatur des Proletariats, die Idee des gewalttámmen Umstóllens der Wirtschaft. Sie ist aber zu erreichen, wenn die Organisationen des werttátigen Volkes sich geistlich auf den Stappenerfolg einstellen und ihre ganze organisatorische Macht schúhend und fúrdern vor die Keimzellen gemeinwirtschaftlicher Betátigung stellen.

Was hátte sich an Wirtschaftsbeweisen der Gemeinwirtschaft bereits erreichen lassen, wenn die Gewerkschafter sich im klaren darüber gewesen wáren, daß es keinen andern Weg zur Gemeinwirtschaft gibt als den des schrittweisen Aufbaues.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat diesen Weg beschritten und auf diesem Wege Beweise der Ueberlegenheit der Gemeinwirtschaft úber die Privatwirtschaft für einen Gewerbebezirk erbracht, der am wenigsten „reif“ für die Gemeinwirtschaft erschien. An Stelle der theoretischen Erörterungen und Ueberlegungen, die dem Wirtschaftsbibliothekantismus ein weites Sammelfeld eróffnen, die Massen verwirren und handlungsunfáhig machen und der geistigen Ueberlegenheit der privatkapitalistisch arbeitenden Kräfte freien Spielraum lassen, sind die Bauarbeiter zum praktischen Handeln úbergegangen und sie haben damit die Führung in der Gemeinwirtschaftspolitik úbernommen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat den Privatkapitalismus an der unbestimmten Stelle gefaßt. Er bedroht ihn nicht mit Worten und Theorien, sondern mit der Tat. Diese Tat hat heute noch keine úberwáltigende Auswirkung, sie hat aber eine fruchtbarere Klárung in den eigenen Reihen gebracht. Diejenigen Kräfte der Bauwirtschaft, die in den Bauhútteln selbst arbeiten oder deren Arbeit aus nächster Náhe verfolgen, werden vom Schlagwort der Sozialisierung geistlich sein. Sie haben die Schwierigkeiten des Aufbaues gemeinwirtschaftlicher Betriebe kennengelernt und sie wissen nur zu gut, daß der Erfolg der Gemeinwirtschaft letzten Endes nicht einmal davon abhängig ist, ob die Bauhútteln, die Keimzellen, genügend Kapital, genügend Baustoffe, genügend Wohlwollen bei Bauauftraggebern und den politischen Organen haben, sondern in der Hauptsache von der geistig úberlegenen Betriebsführung und von einer aufgefárkten und zu gemeinwirtschaftlichem Wirken ergogenen Mitarbeiterchaft. Die geistig úberlegene Betriebsführung, der feste, unbeeugliche Wille aller Mitarbeiter, einem gemeinsamen Werk zu dienen, schafft erst Vertrauen, schafft erst Wohlwollen und schafft erst Kapital. Eine wirtschaftliche Kluge und eine Ironiebeweise des werttátigen Volkes ist es, wenn von gewisser Seite immer wieder behauptet wird, daß die Bauhútteln im Meer privatkapitalistischer Wirtschaft untergehen werden, weil sie nicht von der politischen Macht gestúkt und getragen werden. Keine politische Macht wird auf die Dauer gemeinwirtschaftliche Betriebe stúhen und halten können, wenn ihre Betriebsführung unwirtschaftlich, unrationell oder gar disziplinlos ist. Das funktioniert eben der gemeinwirtschaftlichen Zellen wird stets erste und letzte Voraussetzung für die Fußfassung und den fortschreitenden Ausbau der Gemeinwirtschaft sein.

V.

Freunde der Gemeinwirtschaft, die aus nüchternen, praktischen Erkenntnis heraus wissen, daß die Ueberlegenheit der Gemeinwirtschaft úber die Privatwirtschaft von der úberlegenen Betriebsführung abhängig ist, bezweifeln nur zu oft an der „Reife“ der Menschen. Insbesondere sind es auch erfahrene, in der Gewerkschaftsbewegung ergraute Kápf, die resignieren und an der praktischen Gemeinwirtschaftspolitik verzweifeln. Diese Resignation, gestúkt auf Erfahrungen in stádtischen Regiebetrieben, in Reichs- und Staatsbetrieben und nicht zuletzt auch in Genossenschaftsbetrieben, hat der gemeinwirtschaftlichen Idee schon unendlich Schaden gebracht. Diese Resignation muß entweder bei den Fúhrern des Volkes verschwinden, wenn sie Fúhrer, das heißt Leiter und Organe des Volkes sein wollen, oder diese müssen ihre verantwortungsvolle Amt aufgeben und aus der Resignation die einzigmóglige Konsequenz ziehen.

Wie konnte diese Resignation entstehen? Drei Erklárungen sind gegeben.

Zum ersten: Man sah gewerkschaftlich organisierte Kopfl und Handarbeiter in Reichs-, Staats- und Genossenschaftsbetrieben die Sicherung der persönlichen Existenz úber die Sicherung des Gemeinwohles stellen. Wir wollen hier nicht unteruchen, ob die gestellten Ansprúche der Arbeiterchaft gerechtigt oder ungerechtfertigt waren, oder ob man einer

einzelnen Berufsgruppe eine Zumutung stelle, die der andern Berufsgruppe nicht gestellt wurde. Wir wollen auch nicht fragen, ob die Forderungen einzelner Berufsgruppen darauf zurückzuführen sind, daß die politischen Parteien es verabsäumt haben, das Maß wirtschaftlicher Belastung des Volkes über alle Volksschichten gleichmäßig und gerecht zur Verteilung zu bringen. Ohne Zweifel ist aber, daß man von der Arbeiterkraft dieser Betriebe etwas psychologisch Unmögliches verlangt hat. Man verlangte von ihr eine Hingabe an das Allgemeinwohl, ohne ihr ein Mitbestimmungsrecht über ihre Existenz zu gewähren. Man verlangte von ihr Verantwortung, ohne ihr Verantwortung übertragen zu haben. Das ist gerade der Grundfehler aller Regies-, Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, daß das Arbeitsverhältnis in ihnen sich von dem im Privatbetriebe nicht wesentlich unterscheidet und nicht auf eigene berufsspezifische Verantwortung, sondern auf die Verantwortung politischer Organe und einiger Beauftragten dieser Organe eingestellt ist. Wie soll die Arbeitskraft „zeit“ zur Gemeinwirtschaft werden, wenn dieses Verantwortungsgefühl nicht durch eigene Willensentscheidung in den Produktionsprozeß erzogen wird?

Zum zweiten: Die Besignierten verlangen von der gemeinwirtschaftlich tätigen Arbeitskraft etwas, was sie von der privatkapitalistisch tätigen Arbeitskraft niemals verlangen können oder verlangen würden. Die Gemeinwirtschaft, soweit sie sich in ganz bescheidenen Ansätzen in den Regiebetrieben der öffentlichen Organe auswirkt, steht unter dem Schutz der Schranken des öffentlichen, uneingeschränkter Kritik in Parlament und Presse. Privatkapitalistisch orientierte Parlamentarismenheiten und eine privatkapitalistisch orientierte Presse fallen über jeden Fehler, über jedes Vergehen her, das sich in den Regiebetrieben zu zeigen pflegt. Die Konkurrenz privatkapitalistischer Betriebe, ihre Unrechtfertigkeiten, ihre Schwächen werden bestmöglichst einmal in einer Gerichtsverhandlung offenbart, wenn es überhaupt zu einer solchen Verhandlung kommt, und wenn die privatkapitalistische Presse eine solche Verhandlung in die Öffentlichkeit bringt. Zudem ist es kein Kunststück, Betriebe rentabel zu führen, wenn sie, zumal heute, vollkommene Freiheit der Preisgestaltung haben, eine Freiheit, die den Regiebetrieben nicht gewährt wird und nicht gegeben ist. Die privatkapitalistischen Betriebe haben sich mit brutaler Macht der Zwangswirtschaft und damit einer schon an sich höchst schmachvollen öffentlichen Kritik ihrer Wirtschaft entzogen. Die Besignierten sollen nicht Ungleiches in Vergleich stellen, sondern aus den etwaigen Fehlschlägen der Regiebetriebe die Lehren ziehen, daß man die Wirtschaft der politischen Amtspraxis entziehen muß, und daß auch eine Gemeinwirtschaft im Schutze der Politik, gefördert und gestützt Kritik keine gedeihliche Entwicklung nehmen kann.

Zum dritten: Die Arbeiter seien nicht „zeit“ für die Gemeinwirtschaft. Sind es die Direktoren privatkapitalistischer Werke für die Privatwirtschaft gewesen, die aus Unfähigkeit ihre Stellung aufgeben mußten? Sind es die Unternehmern für ihre Betriebe gewesen, die der Pleite anheimfielen?

Die Privatwirtschaft spricht nicht von Weisheit, sie spricht von Schulung, Erziehung und Risiko, von Wagemut und Gelingen, sie spricht von Mieten und Fehlschlägen und ist stolz auf einen Erfolg, dem drei Mißerfolge vorangegangen sind.

Es heiße die Gemeinwirtschaft und ihre Aufgabe dilettantisch betrachten, wenn wir von ihr verlangen wollten, daß sie nur von reifen Führern und reifen Arbeitern bewirkt werden kann. Die kaum zweijährige Erfahrung in der Bauhüttenbewegung hat gelehrt, daß die Reife der Arbeiter noch nicht einmal das Entscheidende für das Gelingen des Werkes, und daß die Reife der Führer, der wirtschaftlichen Führer und Geschäftsleiter oft viel bedeutungsvoller für die Existenz und die Entwicklung der Betriebe ist.

Reif werden die Arbeiter, reif werden die Techniker erst in den Betrieben selber. Sie werden reif durch Erfahrung und reif durch Fehlschläge und Mißerfolge. Schwimmen lernt man erst, wenn man Wasser geschluckt hat, und Reiten lernt man erst auf dem Reife. Zur Gemeinwirtschaft reif kann man erst in gemeinwirtschaftlichen Betrieben werden, allerdings nur in Betrieben, die den Führern und den Arbeitern Verantwortung aufbürden. Kein Betriebsleiterkursus wird die Arbeiterkraft so reif zur Gemeinwirtschaft machen, wie die dauernde Vertretung der Arbeiterkraft im Betriebsvorstand der Bauhütten bei der laufenden Erledigung der Betriebsgeschäfte.

VI.

Nicht das Privatkapital, sondern die Resignation ist der gefährliche Gegner der Gemeinwirtschaft. Diese Resignation hat dem verfallenen Volk seit der Revolution die schwerste Niederlage gebracht und sie von Stufe zu Stufe des Einflusses auf die Wirtschaft beraubt. Heute herrscht das Privatkapital über das verfallene Volk wie nie zuvor. Arbeiterführer und Politiker bekämpfen die gegenwärtige Wirtschaftslage durch keine „Experimente“. Gewiß, sie duldet nicht, daß wir die Wirtschaft gewaltsam umstürzen, sie ruft aber geradezu nach einer Revokation der in brutalsten Mäßen ausartenden Privatwirtschaft. Kein Zeitpunkt war günstiger, der Privatwirtschaft zu Reize zu geben, als der der Zwangswirtschaft, die es den politischen Organen gestattete, die Privatwirtschaft zu zwingen und Reimengen gemeinwirtschaftlicher Betätigung der Privatwirtschaft gegenüberzustellen. Diesen Zeitpunkt haben die Gewerkschafter und Politiker verpaßt. Sie haben es veräumt, die Zwangswirtschaft des Krieges in eine organisch gedeckelte, gebundene Bedarfswirtschaft überzulassen.

Was heute noch möglich ist, ist im Vergleich zu dem, was vor 3 Jahren noch möglich war, nur gering. Heute befindet sich im wesentlichen nur noch die Kohle und das Holz-

nungswesen in Zwangswirtschaft. An der Beseitigung dieser beiden Weltwerke arbeitet das Privatkapital mit aller Macht. Der Zwangswirtschaft des Wohnungswesens verdankt die von der Bauarbeiterkraft geschaffene Bauhüttenbewegung einen guten Teil ihrer Entstehung und ihrer Erfolge. Die heute noch bestehende Zwangswirtschaft der Kohle kann zu einem mächtigen Hebel für das Entstehen gemeinwirtschaftlicher Keimzellen auch auf andern Wirtschaftsbereichen werden. Die Kohle beherrscht heute die gesamte deutsche Wirtschaft. Die Sozialisierung des Bergbaues ist noch ein Problem. Es würde aufhören, ein Problem zu sein, wenn sich die gesamte Arbeiterkraft Deutschlands dazu entschließen würde, ihre ganze Kraft darauf zu konzentrieren, die Kohle zu sozialisieren. Die Sozialisierung des Bergbaues dazu entschließen würde, ihre ganze Kraft darauf zu konzentrieren, die Kohle zu sozialisieren. Die Sozialisierung des Bergbaues dazu entschließen würde, ihre ganze Kraft darauf zu konzentrieren, die Kohle zu sozialisieren.

Nicht auf die Erfüllung von 10, nicht auf 9, auch nicht auf 13 Punkte, sondern nur auf 2 Punkte hat sich die gesamte Gewerkschaftskraft zu konzentrieren, wenn sie mit Erfolg der Gemeinwirtschaft aufzubrechen will. Diese 2 Punkte — Kohle, Wohnungsbau und Bauwirtschaft — müssen aber mit der ganzen Energie und der Einigkeit höchster fach-

Am 24. Juni ist der 25. Beitrag fällig.

männischer Intelligenz und unter restloser Unterstützung der politischen Parteien behandelt werden. Nur durch eine alle Gewerkschaften umfassende gemeinsame Aktionsstelle, eine Wirtschaftlich-technischen Generalkat, wird die erhobene Forderung verwirklicht werden.

Die Gewerkschaften und ihre Führer können neben ihrer gerüttelt vollen Berufsarbeit eine technisch-wirtschaftliche Generalkat nicht leisten. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Generalkat für die Verwirklichung der Gemeinwirtschaft erkannt und diese Stelle in der Form des Verbandes sozialer Baubetriebe geschaffen, und die Gegner der Gemeinwirtschaft bestätigt, daß diese Stelle während der einhalbjährigen Tätigkeit nicht ohne Erfolg gearbeitet hat. Für das Wohnungswesen haben die Gewerkschaften und die politischen Parteien einen, des weiteren Ausbaues noch sehr bedürftigen Aktionsauschuß für Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen geschaffen. Für Kohle und Eisen ist eine solche Generalkat noch nicht vorhanden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß sie schaffen. Ja, er muß noch darüber hinausgehen und unter seiner Leitung eine ernsthaft arbeitende Zentralkat ins Leben rufen, die alle gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterkraft zusammenfaßt und eine einheitliche Taktik für die Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Aktion festlegt und verbirgt. Die Gewerkschaftsämter, die das Kapital der Arbeiterkraft zu sammeln und zu konzentrieren hat, wird bei dieser Aktion das wirksamste Hilfsmittel des Erfolges sein. Der Arbeiterkraft muß es andererseits aber auch klar gemacht werden, daß Erfolge nur durch Opfer erreicht werden können, Opfer, die erst nach Jahren oder nach Jahrzehnten fruchtbar werden. Zu diesen Opfern gehört auch der für alle Gewerkschaften obligatorische feststehende Sozialversicherungsbeitrag, aus dem die Aktion der Gemeinwirtschaft erst ihre Förderung erhalten kann.

Das alles sind Notwendigkeiten, die erfüllt werden können und erfüllt werden müssen, wenn jemals das in seiner Gesamtheit schwer leidende Volk aus der Kapitalnechtschaft erlöst und allen Menschen „die Erde eine gute Wohnung“ werden soll. Bauen wir an diesem Werk!

Die Demaskierung der Zersplitterer.

Die Gewerkschaftszentrale der Kommunistischen Partei hatte zum 28. Mai nach Chemnitz eine Konferenz der wegen Zellenbildung von uns Ausgeschlossenen einberufen. Vertreten war auch die sogenannte Opposition des Zimmererverbandes. Als Tagesordnung hatte man sich die Beschlüsse unferer Verbandstages gewählt, mit dessen Verlauf die Bolschewisten ganz und gar nicht zufrieden sind, wie wir bereits früher mitteilten. Am meisten mißfällt ihnen natürlich jene Entschliebung, die den Kollegen in den aufgelösten Vereinen den Wiedereintritt ermöglicht, wenn sie Verbandsfassung und Verbandstagsbeschlüsse als für sich verbindlich anerkennen.

Zur Freude für uns und zum Leid der Bolschewisten hat es nun den Anschein, als sollte die Einheitsfront der Bauarbeiter in den in Betracht kommenden Bezirken wieder entstehen. Das zu verhindern, war der Zweck der obengenannten Konferenz, wie aus nachstehender Entschliebung hervorgeht:

„Die am 28. Mai 1922 in Chemnitz stattfindende Landeskonferenz der ausgeschlossenen und oppositionellen Bauarbeiter und Zimmerer Sachsen erklärt sich mit den Richtlinien der Reichsgewerkschaftszentrale einverstanden. Sie verpflichten sich, für die Ablehnung der Verbandstagsbeschlüsse in ihren Vereinen zu wirken.“

Überall, wo wir die Mehrheit haben, soll der Kampf mit der Richtung Paepow in sachlicher Weise voll zur Auswirkung gebracht werden. Dem Verein Chemnitz wird zugestanden, seine organisatorische und agitatorische Tätigkeit auf das Wirtschaftsgebiet Chemnitz auszudehnen. Die Einzel-

ausgeschlossenen und die ausgeschlossenen Vereine Aischersleben und Mühlbach sollen sich mit Chemnitz zu einer Organisation der Ausgeschlossenen zusammenschließen, um sich gegen Paepow und das Unternehmertum besser schützen zu können.

Diese Entschliebung bedeutet in phrasenlosem Deutsch, die in Chemnitz Versammelten wollen nicht, daß sie als Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes dessen Satzung und Verbandsstagsbeschlüsse zu befolgen haben. Sie wollen die Wohlthaten genießen, die ihnen der Verband bieten kann, ohne jedoch den andern Mitgliedern gegenüber verpflichtet zu sein. Sie sind zwar im Verhältnis zur Gesamtzahl unferer 530 000 Mitglieder eine hoffnungslose Minderheit, aber sie wollen im Verband diktieren. Niemand weiß genau, wie viele Mitglieder der SPD, unter unsern Verbandsmitgliedern sind, aber wir schätzen, daß auf 200 Mitglieder ein SPD-Mann kommt. Und dieser eine Bolschewist nimmt für sich in Anspruch, die andern 199 Kollegen für sich auszunutzen. Eine unerschämtere Zumutung ist noch nicht dagewesen! Und diese modernsten Ausbeuter nennen sich Kommunisten. Alle Scham ist bei ihnen vor die Hunde gegangen, so daß sie zum Schluß in ihrer Entschliebung noch heuchlerisch versichern können:

Die Zusammenfassung der Ausgeschlossenen ist nur eine zeitweilige Abwehrmaßnahme gegen das unqualifizierbare Vorgehen der Paepow und Konforten.

Das Ziel ist und bleibt, die gewerkschaftliche Einheit der Bauarbeiterkraft, die von Paepow und seinen Trabanten mutwillig zerstört wird, wieder herzustellen.

Eine wie geringfügige Meinung diese Bolschewisten von unsern Kollegen haben! Sie halten die deutschen Bauarbeiter für blöde genug, auf diesen Schwindel hereinzufallen. 2 Wochen nach dem Verbandsstages, auf dem unferer nach den demokratischen Grundgesetzen der Selbstverwaltung gewählten Abgeordneten beschloffen haben, was für die nächsten 2 Jahre Verbandsgesetz sein soll, erklären diese bolschewistischen Bogen, daß Paepow und Konforten die Einheit mutwillig zerstört hätten.

Diese „Einheit“ wäre natürlich nicht zerstört worden, wenn der Verbandsvorstand den Zellenbauern gestattet hätte, den Verband zu einem Werktag der Moskauer Regierung zu machen. Wenn Fritz Paepow einen der bolschewistischen Bogen dritter oder vierter Garnitur eingeladen hätte, sich auf den Stuhl des Verbandsvorsitzenden zu setzen, und wenn Hermann Rober der SPD, die Verbandskasse zur Verfügung gestellt hätte. Das ist das Ziel, das sie erstreben!

Nun sehen sie ein, daß dieses Streben gänzlich vorbejgelungen ist, daß ihr Hoffnungsstücken zerfalle an der Verbandstreue und dem gefunden Menschenverstand der Mehrheit der deutschen Bauarbeiter. Nun versuchen sie es mit einem Sonderorganisationschen. Zwar werden sie mit dieser Tat weder den Arbeitern noch den Unternehmern imponieren, aber darauf kommt es für sie auch nicht an. Sie brauchen ein Relief für ihre „teuren“ Persönlichkeiten, eine „Masse“, vor der sie ihre Phrasen produzieren können. Wozu also 3 Jahre hindurch die Maskerade, wenn nun doch die Demaskierung vor sich gehen muß? Sie sind in keiner beneidenswerten, aber in einer selbstverschuldeten Lage. Bedauernd wert aber sind ihre Nachläufer.

Arbeitsmarkt.

Die Firma Otto Staaß in Ahrensböck sucht für Hof Dunkelstorf 6 bis 10 Maurer für Lübeck-Lohn.

In Elfeld i. W. Bezirksverein Auerbach, können bei der Firma Jung & Meißel 20 bis 30 Maurer sofort Arbeit haben. Stundenlohn im Monat Juni 28,50 M.

In Witterfeld sucht die Firma Feld & Franke sofort noch 50 Maurer für dauernde Arbeit. Vorhandene Unterkunft unentgeltlich. Die Heißezeiten werden nach 4 Wochen vergütet. Zu melden beim Betriebsratsvorsitzenden Ernst Wedel, Wollfen, Anilinfabrik, Pförten 5.

Die Firma B. & G. Wessels in Bremen, Oberrstr. 41/43, sucht einen Polier für Kesselmauerungen. Bewerbungen sind an die Firma zu richten und Zeugnisabschriften beizufügen.

Die Firma Sulze & Schröder in Panitzsch sucht für Schornsteinreparaturen 2 oder 3 erfahrene, sichere und selbstständig arbeitende Schornsteinbauer.

Das Baugeschäft von Ernst Lübke in Landkirchen auf der Insel Fehmarn sucht für dauernde Beschäftigung 5 Maurer. Kost und Logis vorhanden. Außerdem ist noch für weitere 10 bis 15 Maurer Arbeitsgelegenheit vorhanden. Meldungen sind zu richten an den Vereinsvorsitzenden S. Hammer, Burg a. Fehmarn, Sahrensdorferstr. 50.

Die Bauhütte „Grundstein“, soziale Baugeschäft mit beschränkter Haftung, Gelsenkirchen, stellt noch 20 Maurer ein. Stundenlohn zurzeit 80 M. Logis wird besorgt.

In Marne können 3 oder 4 Maurer sofort Arbeit erhalten bei der Firma Georg Jeyßon, Marne i. S., Schmiedestr. 13. Stundenlohn 26 M.

Die Bauhütte Butjadingen in Nordensham sucht für sofortige Einstellung 5 bis 10 Maurer für dauernde Arbeit. Stundenlohn 25,15 M. Zureisende Kollegen wollen sich auf dem Verbandsbureau, Nordensham, Schulstr. 10, melden.

In dem Baugeschäft von Aug. Sackmann in Schwerin können 4 oder 5 Maurer sofort dauernde Beschäftigung erhalten. Stundenlohn 24 M. Meldung im Vereinsbureau.

Berichte.

Bezirk Nürnberg. Unsere monatlichen Lohnverhandlungen mit dem Bayerischen Bauarbeiterverband waren in der letzten Zeit außerordentlich umfangreich und schwierig. Das beruhte auf unsern Mitgliedern eine große Mißstimmung. Zu einer von den Unternehmern nicht gewollten Fechtung konnten wir uns nicht entschließen. Der letzte Schiedsspruch vom 31. Mai, der in allen Lohnklassen für Fach- und Hilfsarbeiter eine Stundenlohnzulage von 3,50 M. bringt, hat viele unserer Mitglieder nicht befriedigt; aber sie haben diesem Schiedsspruch unter der Bedingung zugestimmt, daß die wegen einer Ortsklassenveränderung eingeleitete Verhandlung spätestens bis zum 16. Juni für eine Reihe von Orten einen weiteren Ausgleich in den Feuerungsverhältnissen herbeiführt. Sollte sich der Bayerische Bauarbeiterverband diesen Abmachungen zu entziehen versuchen, wie er das auch schon in früheren Fällen getan hat, so besteht für den Wirtschaftsfrieden im Baugewerbe unseres Bezirkes keine Gewähr mehr. In einer ganzen Reihe von Orten gibt es Unternehmer, die einseitig genug, daß die festgesetzten Löhne keinen Feuerungsausgleich bringen, unter allen möglichen Vorwänden höhere Löhne zahlen, und zwar als Begegnungen oder als wöchentlich erstattete Meistlohn für solche Arbeiter, die wöchentlich von ihrem Wohnorte nach dem Arbeitsort kommen; auch das von den meisten Mitgliedern entschieden verurteilte Prämienwesen wird geübt, und oft finden die Arbeiter an den Zahltagen eine besondere Vergütung bis zu 75 M. wöchentlich in ihrem Lohnanteil. Jedenfalls ist damit erwiesen, daß die Unternehmer sehr wohl höhere Löhne zahlen können und zum Teil auch einsehen, daß die festgesetzten Löhne für den Lebensunterhalt nicht ausreichen. Unter solchen Umständen entstehen natürlich bei jenen Unternehmern, die solche Ausgleichszulagen nicht gewähren, Schwierigkeiten. Den Arbeitern ist es gewiß nicht zu verübeln, wenn die Arbeitgeber aufsuchen, die sich ihrer Pöhlage gegenüber weniger Niedrigkeit zeigen. Viel hängt für den Wirtschaftsfrieden im nordbayerischen Baugewerbe, wie schon gesagt, davon ab, wie sich die Unternehmer zu den Ortsklassenänderungen und den Lohnzulagen verhalten.

Der Schiedsspruch vom 31. Mai besagt: Nach der von den Vertragsparteien am 31. Mai 1922 getroffenen Vereinbarung werden die Stundenlöhne vom 1. Juni 1922 an erhöht für Arbeiter, über 18 Jahre alt, um 3,50 M.; für jugendliche Arbeiter beträgt die Lohnerhöhung bei einem Alter unter 18 Jahren %, bei einem Alter unter 17 Jahren % dieser Zulage. Ausgebildete Facharbeiter, unter 18 Jahre alt, erhalten den vollen Betrag der festgesetzten Sätze. — Zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches wird den Parteien Frist bis zum 7. Juni einschließlich gewährt. Danach ergeben sich für das nordbayerische Baugewerbe vom 1. Juni an folgende Stundenlöhne:

Ortsklasse	Facharbeiter	Hilfsarbeiter über 18 Jahre	Hilfsarbeiter unter 18 Jahren	Hilfsarbeiter unter 17 Jahren
I	26,80	25,60	24,45	23,85
Ia	25,10	24,10	22,95	22,35
II	23,90	22,90	21,75	21,15
Iia	23,20	22,30	21,15	20,55
III	22,—	21,10	19,75	19,15
IV	21,30	20,40	19,25	18,65
V	20,40	19,50	18,35	17,75

Bezirk Moskau. Am 26. Mai wurde über die vom 1. Juni an zu zahlenden Löhne im Hoch-, Beton- und Tiefbau in Gütztow verhandelt mit völlig unbefriedigendem Ergebnis. Für den Hochbau boten die Unternehmer eine Zulage von nur 10 % an, und die Herren vom Tiefbau erklärten, überhaupt kein Angebot machen zu können. Gefordert war eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 6 bis 7 M., Erhöhung der Randgelber und der tariflichen Zuschläge um 100 %. Am 1. Juni hat dann das Bezirkslohnamt durch Schiedsspruch die Stundenlöhne wie folgt festgelegt:

	Lohnklasse		
	I	II	III
Maurer	23,—	22,20	21,70
Hilfsarbeiter	22,—	21,20	20,70
Tiefbauarbeiter	21,25	19,50	19,50

Das Randgelb soll in allen 3 Lohnklassen täglich 5 M. betragen. Die tarifmäßigen Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit usw. sollen um 55 % erhöht werden. Die betragen demnach im Hoch- und Betonbau für Überstunden 55 %, für Sonntags- und Nachtarbeit 1,10 M., Wasserarbeit 70 %, Dacharbeiten usw. 40 %, kalte und schwere Arbeit 40 %, dergleichen Arbeit im warmen Zustande 95 % bis 1,25 M., Weichen 1,15 M., Rapparbeit 60 %, Kofeltradingen 2,35 M. Im Tiefbau gelten für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Wasserarbeit die gleichen Zuschläge wie im Hochbau. Ferner werden an Zuschlägen gezahlt an Bohrhammern 80 %, unter Druckluft 1,70 bis 3,10 M., für Karbolinumarbeit 70 %, an abgetretenen Schächeln von 3 bis 6 m Tiefe 90 %, von 6 bis 9 m Tiefe 100 %, für jede weiteren 3 m Tiefe 90 % mehr, beim Tiefbau für Sekundärklassen der Bauklasse 50 % pro Stunde. Die Erklärungsfrist war den Parteien bis zum 6. Juni festgesetzt. Unsere Vereine haben den Spruch angenommen; soweit zu übersehen ist, auch die Unternehmer.

Bezirk Stettin. In Pommern haben die Lohnverhandlungen nach vierstägiger Dauer für den Monat Juni zu einem Abschluß geführt. Schwerer wurden sie dadurch, daß der pommersche Arbeiterverband für die 4 Wirtschaftsgewerke Stettin, Mittelpommern, Stettin und Vorpommern je eine Bezirksorganisation mit besonderer Verwaltung eingerichtet hat. Infolge dieser organisatorischen Maßnahme mußte mit jedem Bezirk gesondert verhandelt werden.

Die Stundenlöhne betragen im Monat Juni einschließlich 10 % Gehaltszulage für Vorpommern in den Orten Anklam, Greifswald, Lüssow, Stralsund, Usedom für Maurer 23,40 M., für Hilfsarbeiter 22,50 M., für Tiefbauarbeiter 21 M.; in Warth, Bergen, Warth, Sagrd-Sagrditz, Wolgast erhalten die drei Berufe 22,70 M., 22,25 M. und 21 M.; ebenso in Demmin, Grimmen, Gültow, Zarnen, Roitz, Richtenberg, Franzburg, Treplow a. d. Holl., Trischsee 22,20 M., 21,50 M.

und 20 M. Für Tiefbauarbeiter tritt der neue Stundenlohn erst am 3. Juni in Kraft und endet mit dem 30. Juni. Für Mittelpommern betragen die Stundenlöhne in der Lohngruppe I (Stargard) von 3. bis zum 30. Juni für Maurer 23,80 M., für Hilfsarbeiter 23,20 M., für Tiefbauarbeiter 21 M.; in der Lohngruppe II (Niederumde, Torgelow, Ralswiek, Blumenthal, Giesdorf, Bräunow, Hammelfall, Heinrichswalde, Jahnsitz, Nothemitz, Garz a. d. O., Röditz, Boos, Greifenhagen, Gollnow, Nipperweide) für die 3 Berufe 23 M., 22,40 M. und 20 M.; in der Lohngruppe III (Wahn, Fiddichow, Raugar, Rycht, Babes, Matze, Greifenberg, Trepow a. N., Cammin) ebenfalls 22,50 M., 21,90 M. und 19 M.; in der Lohngruppe IV (Wollin, Daber, Walfow, Dölitz, Freienwalde, Jacobschagen, Nörenberg, Regenwalde, Wangerin, Gültow) 22,10 M., 21,50 M. und 19 M.

In Groß-Stettin betragen die Löhne vom 3. bis zum 30. Juni für Maurer 28 M., für Hilfsarbeiter 27,50 M., für Tiefbauarbeiter 25 M. In Ostpommern sind die Stundenlöhne am 2. Juni ebenfalls neu abgeschlossen worden. Bei der Verhandlung trat klar zutage, daß die Unternehmer das Gebiet Ostpommern nur deshalb von Stettin trennen, um die Löhne niedrig zu halten. Das ist ihnen für diesmal noch nicht gelungen. Die Stundenlohnzulagen von 4 M., wie sie im übrigen Pommern vereinbart sind, außer Stettin, wo unsere Kollegen 5 M. erhielten, gelten auch für Ostpommern. Es waren gezahlt im Hoch- und Betonbau vom 3. Juni an, im Tiefbau vom 1. Juni an, in der Lohngruppe I (Golberg, Gollin, Stolp) für Maurer 23,80 M., für Hilfsarbeiter 23,20 M., für Tiefbauarbeiter 21 M.; in der Lohngruppe II (Belgard, Rauenberg, Neustettin, Tempelburg) erhalten die 3 Berufe 23 M., 22,40 M. und 20 M.; in der Lohngruppe III (Kolzin, Schivelbein, Dramburg, Bublitz, Nummersberg, Schwane, Regenwalde, Witow, Wärowalde, Polnow, Callies) 22,50 M., 21,90 M. und 21 M.; in der Lohngruppe IV (Körbin, Degow, Groß-Stettin, Rabebruch) 22,10 M., 21,50 M. und 19 M.

Gleitwit. Aus dem oberhessischen Abtrennungsgebiet wird uns geschrieben: Zum vierten Male sind über unser Vereinsgebiet schwere Tage hereingebrochen. Die Städte Katowitz, Königshütte, Tarnowitz, Lubinitz, Pleß, Myslnitz erhalten polnische Oberhoheit. Unabwiesbar der Arbeiterschaft hat es zuzunehmen gebracht, daß Tausende unserer Kollegen ihre bisherige Arbeitsstätte verlassen müssen. Duzende Kollegen sind wiederum jämmerlich zerstreut worden. Bei Nacht hat man sie aus den Schlafhäusern betrieben, ihnen die Verbandsbücher abgenommen und sie in die polnischen Verbände gezwungen. Ein großer Teil von ihnen wird in anderen Bezirken in Arbeit treten.

So liegen, vergeht diese Stunden! Vergeltest nicht Gleiches mit Gleichem, sondern sorgst für Aufklärung unter der Bauarbeiterschaft und hältst die Organisation hoch; denn schwere Zeiten stehen uns bevor. Der Arbeitgeberverband treibt in der Lohnfrage eine Taktik, die unerträglich wird. Mit höhnlichem Lächeln suchte der Vorsitzende der Unternehmer, Herr Grünfeld, am 29. Mai vor dem Bezirkslohnamt Breslau den Verhandlungssteilnehmern aufzuweisen, daß seit Anfang April, also seit 9 Wochen, keine Verteuerung eingetreten sei, sondern die Lebensmittel billiger geworden seien. Wohl selten hat sich ein Provinzialvorsitzender derartiges erlaubt. Wir haben mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse eine Eingung für den Kreis Grotz mit 21 M. Stundenlohn für Juni und Anerkennung des Reichstarifvertrages herbeigeführt. Für das Industriegebiet soll die Generalversammlung am 15. Juni die Richtlinien geben. Jeder einzelne Kollege muß für Ausbreitung der Organisation Sorge tragen und die Vereinsleitung unterstützen.

Reutlingen. Am 6. Juni berichtete Kollege Ruff in einer gemeinsamen Versammlung unser Bezirksvereins und der Zählstelle der Zimmerer über die letzten Lohnverhandlungen. Im Monat Juni betragen die stündlichen Lohnsätze für Maurer und Zimmerer 24,70 M., für geübte Hilfsarbeiter 23,50 M., für Junggefellern im ersten Gesellenjahre 22,80 M., im zweiten Gesellenjahre 23,20 M. Lehrlinge bekommen im ersten Jahre 4,90 M., im zweiten Jahre 8,60 M., im dritten Jahre 12,80 M. Ungeübte Hilfsarbeiter bekommen 23,80 M. die Stunde. Die Löhne der Gipser sind um 10 % höher als die Löhne der Maurer. Die Mehrheit der Kollegen stimmte für die Annahme dieser Sätze. Ferner wurden die Kollegen ermahnt, darauf zu achten, daß überall vorchriftsmäßige Gerüste gebaut werden. Im übrigen verließ die Versammlung ruhig und sachlich. Ein Beweis dafür, daß die Bauarbeiter in Reutlingen von der Notwendigkeit der Einheit durchdrungen sind.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Verbandsatzung. Die Bestimmungen der neuen Satzung, soweit sie schon mit dem 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten, sollen im Sonderdruck allen Mitgliedern zugestellt werden. Der Verband geschieht an die meisten Vereine mit den Nr. 25 und 26 des „Grundstein“. Die Vereinsvorstände müssen darauf achten, daß die Satzung den Mitgliedern mit der jeweiligen Nummer des „Grundstein“ ausgeteilt wird. Die Satzungen werden von Hamburg aus allen Zeitungsempfängern zugestellt, die von hier den „Grundstein“ zugelandet erhalten, und zwar in der gleichen Anzahl. Die Vereinsvorstände brauchen somit für diese Zahlstellen keine Satzungen zu bestellen.

Ausgeschlossenen nach § 21 der Verbandsatzung ist vom Verein Braunschweig: Richard Müller, geboren am 18. August 1899 zu Braunschweig (Buchnummer 903 331); vom Verein G r l i c h: Max Lußmann, geboren am 22. Januar 1888 zu Berlin (408 284); vom Verein P o t s d a m: Richard Lemm, geboren am 8. August 1885 zu Potsdam (184 829), und Wilhelm Müller, geboren am 31. Mai 1884 zu Potsdam (357 717).

Aufforderung. Der Hilfsarbeiter Johann Meyer, geboren am 28. März 1879 zu Giesdorf, Kreis Garburg (Buchnummer 932 802), wird aufgefordert, seine Verpflichtungen im Verein Essen a. d. Ruhr zu erfüllen. Zweckdienliche Mitteilungen sind dem Verein Essen, Grabenstr. 67, 2. Et., zu machen. Der Verbandsvorstand.

lungen im Verein Essen a. d. Ruhr zu erfüllen. Zweckdienliche Mitteilungen sind dem Verein Essen, Grabenstr. 67, 2. Et., zu machen. Der Verbandsvorstand.

Zentralfrankenkasse.

Die Formulare zur Abrechnung für das zweite Quartal 1922 sind den Ortsverwaltungen zugefandt worden. Sollte die Sendung in der einen oder andern Verwaltungsstelle nicht angekommen sein, so ersuchen wir um umgehende Mitteilung. Der Vorstand. J. M. S. Stammer, stellvertretender Vorsitzender.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: **Altenburg.** Paul Bohle, Hilfsarbeiter, 52 Jahre alt. **Moritz Siegel,** Maurer, 81 Jahre alt. **Baugen.** Ernst Domschke, Hilfsarb., 65 Jahre alt. **Aug. Lange,** Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt. **Ernst Neitsch,** Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt. **Aug. Neitsch,** Schachtmeister, 66 Jahre alt. **Bayreuth.** Johann Zink, Stukateur, 49 Jahre alt. **Bonn.** (Ringen.) Nikolaus Kurth, 26 Jahre alt. **Brandenburg a. d. S.** Franz Wietzke, 62 Jahre alt. **Breslau.** Karl Radoy jun., Maurer, 32 Jahre alt. **Franz Maskos,** Hilfsarbeiter, 40 Jahre alt. **Karl Wittke,** Erdarbeiter, 45 Jahre alt. **Calbe a. d. S.** Heinrich Lehmann, 24 Jahre alt. **Danzig.** Franz Günzer, Hilfsarbeiter, 42 Jahre alt. **Deßau.** Robert Zach, Hilfsarbeiter, 21 Jahre alt. **Duisburg.** Paul Mallwitz, Maurer, 33 Jahre alt. **Franzfurt a. M.** (Offenbach.) H. Fischer, 46 J. alt. **Freiblad.** C. Hagemann, Maurer, 63 Jahre alt. **Greifswald.** Karl Krause, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. **Grünberg.** Ferdinand Kallenbach, Hilfsarb., 50 J. **Höln.** Paul Kohlborn, Buger, 43 Jahre alt. **Königsfee.** (Barigau.) Millus Köhler, W., 57 J. alt. **Bernhard Schumacher,** Stukateur, 50 Jahre alt. **Liegnitz.** August Sioke, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt. **Mannheim.** Joh. Andreas Steidle, Maurer, 68 J. alt. **Wabenheim.** Peter Weickert, Hilfsarb., 22 J. alt. **Geutershausen.** F. Mildenberger, W., 50 J. alt. **Sudwigshausen.** Wilh. Petry, Hilfsarb., 68 J. alt. **Ogersheim.** Wilh. Damian, Hilfsarb., 49 J. alt. **Heinrich Kistner,** Hilfsarbeiter, 81 Jahre alt. **Oranau.** Johann Höllich, Hilfsarb., 52 Jahre alt. **Militz.** (Krafsnitz.) Aug. Plunke, W., 36 J. alt. **Mühlhausen i. Th.** Gottlieb Burcharth, 54 J. alt. **München.** (Sendling.) Martin Posch, W., 65 J. alt. **Ännere Stadt.** Johann Nummerger, 28 J. alt. **Schwabhausen.** Jakob Strobl, Hilfsarb., 36 J. alt. **Schwabing-Weßl.** Xaver Artimeier, W., 47 J. a. **Wolfratshausen.** C. Fischhaber, Erdarb., 20 J. **Nordhausen.** (Waltenried.) H. Münnich, W., 71 J. **Nürnberg.** (Fürth.) Adam Gleißner, Hilfsarb., 40 J. **(Forchheim.)** Konr. Schmitt, Maurer, 21 Jahre alt. **(Wetzgenaurach.)** Konr. Schmidt, W., 48 J. alt. **Windsheim.** Josef Sängler, Maurer, 35 J. alt. **Oldersleben.** Hermann Strauß, Hilfsarb., 71 J. alt. **Pirna.** (Pürzshardt.) H. Leubert, 5, 54 J. alt. **(Stadt Wehlen.)** Max Oswin Balzer, W., 60 J. alt. **(Windschendorf.)** August Leuschke, W., 66 J. alt. **Reutlingen.** (Hommelsbach.) M. Geckeler, W., 62 J. **(Kirchentellinsfurt.)** J. Nübling, Hilfsarb., 49 J. **Saarbrücken.** Jakob Schönborn, Maurer, 54 J. alt. **Schwerin.** Heinr. Drückhammer, Hilfsarb., 62 J. alt. **Bernhard Lagert,** Maurer, 52 Jahre alt. **Thale.** August Hahn, Maurer, 66 Jahre alt. **Wiesbaden.** (Viehdorf.) Stanis. Walotka, 45 J. **Schre ihrem Ansehen!**

Der Bezirksverein Leipzig sucht vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Juli 1922 tagenden Generalversammlung zum baldigen **Bereinsangestellten Vereinsangestellten Hauskassier.** Bedingung: Sechsjährige Zugehörigkeit zur Organisation sowie schriftliche und rednerische Fähigkeiten. Ein selbstgeschriebener Lebenslauf mit einer kurzen Abhandlung über die bisherige Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung ist der Bewerbung beizufügen. Meldungen müssen bis spätestens 1. Juli 1922 an den Bezirksverein Leipzig, zu Händen des Kollegen **Bleilich,** eingesandt werden. Berücksichtigt werden nur Kollegen aus dem Bezirksverein Leipzig. Die Anstellungskommission.

Gemeinnützige Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“ Pöbneck und Umgend. Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Pöbneck: Zweite außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsführerfrage. 2. Abänderung des § 83. J. M.: Walbwin Edardt, Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Wilhelm Wolter, Maurer aus Hannover, geboren im Springe, Kreis Duderstadt, wird ersucht, dem unterzeichneten Bezirksverein seine Adresse mitzuteilen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ebenfalls um Mitteilung seiner Adresse gebeten. Bezirksverein Hannover, Nikolaitz. 7.

Ludwig Schmidt, Maurer, geboren am 9. September 1889 zu Giesfeld-Sieg, wird gesucht. Wer den Aufenthalt des Kollegen kennt, wird gebeten, seine Adresse mitzuteilen an **H. Dieckmann,** Nordensham, Schulstr. 10.